

Warum Afghanistan kein sicheres Herkunftsland ist

Katja Mielke \ BICC
Elke Grawert \ BICC

Politikempfehlungen

\ Keine Rückführung von afghanischen Flüchtlingen

Der Wiederaufbau und die Befriedung Afghanistans sind gescheitert. Als Interventionspartei trägt auch Deutschland daran eine Mitverantwortung. Die Bundesregierung muss dies in ihrer Politik gegenüber afghanischen Flüchtlingen zum Ausdruck bringen und ihnen hier wie dort Perspektiven bieten, statt Abschiebungen durchzuführen.

\ Geregelte Einwanderung

Die Bundesregierung, Regierungen der EU, der OECD- und BRICS-Länder sowie Regierungen der Nachbarländer Afghanistans können durch ein geregeltes Einwanderungssystem einen bedeutenden Beitrag zur Sicherheit und Zukunftsfähigkeit der Bevölkerung leisten. Flüchtlinge sollten in kurzer Zeit einen Status erhalten, der ihnen Zugang zu Ausbildung und Qualifizierung sowie Berufstätigkeit als Einwanderer und damit eine Integration in die Aufnahmegesellschaften eröffnet. Dies würde auch das Potenzial der Auslandsafghanen und -afghaninnen zur Hilfe und Selbsthilfe für ihre Landsleute stärken. Zudem sollte die Möglichkeit temporärer (Qualifizierungs-) Migration (z.B. durch ein Einwanderungsgesetz) offengehalten werden.

\ Langfristige, bedarfsorientierte Aufbaustrategie

Eine langfristige, möglicherweise auf Jahrzehnte angelegte Investitionsstrategie ist erforderlich, um eine tragfähige, vom Binnenmarkt und afghanischer Kaufkraft getriebene Wirtschaftsentwicklung zu unterstützen. Entwicklungsprojekte müssen in diese Strategie eingeordnet und komplementär zu entsprechenden öffentlichen Maßnahmen der afghanischen Regierung sein. Dabei sind die Bedürfnisse des Privatsektors nach verlässlichen Regelungen zu berücksichtigen. Besonders wichtig sind der weitere Aufbau und die Ausweitung von binnenmarktorientierten Berufsausbildungszentren, um der afghanischen Jugend auch im Land eine Perspektive zu geben.

\ Flankierende Maßnahmen: Land und Frieden

Die Bundesregierung muss ihren diplomatischen Einfluss verstärkt nutzen, um auf eine Einigung für einen gangbaren Friedensfahrplan mit Beteiligung der Regierungen von Pakistan, Iran, USA, Russland, China, Saudi-Arabien und Indien hinzuwirken. Sie sollte zudem darauf drängen, dass alle in den letzten 15 Jahren Zurückgekehrten und Vertriebenen legalen Zugang zu Land und Wohnraum bekommen.

Warum Afghanistan kein sicheres Herkunftsland ist

2015 sind 150.000 Menschen aus Afghanistan nach Deutschland gekommen. Sie fliehen vor Verfolgung, Gewalt und Perspektivlosigkeit in ihrem Land – nach 15 Jahren internationaler Wiederaufbauanstrengungen. Die Bundesregierung hat Pläne, diese Flüchtlinge und solche, die sich bislang geduldet teilweise seit Jahren in Deutschland aufhalten, an den Hindukusch zurückzuführen. Politische Entscheidungsträger reden von innerstaatlichen Fluchtoptionen, sicheren Zonen innerhalb Afghanistans, in die die betreffenden Personen abgeschoben werden könnten. Diese Idee kann jedoch nicht anders als politischer Aktionismus verstanden werden, mit dem die Bundesregierung der Öffentlichkeit signalisieren möchte, sie kümmere sich um die Senkung der Flüchtlingszahlen in Deutschland. Eine Zunahme von Bombenanschlägen, Selbstmordattentaten, Kämpfen zwischen Truppen und Taliban sowie krimineller Gewalt in immer mehr Distrikten Afghanistans geht einher mit einer massiven Wirtschaftskrise, hoher Jugendarbeitslosigkeit, Vertreibungen, Landlosigkeit und einer gelähmten politischen Führung. Dies konnten die Autorinnen während eines einmonatigen Feldforschungsaufenthalts in Kabul und Herat im November 2015 selbst erleben. Die komplexe Unsicherheitslage, in der sich die afghanische Bevölkerung nach dem Rückgang des internationalen Engagements seit 2014 befindet, ist offensichtlich. Die Bundesregierung ist dafür mitverantwortlich und muss dies in ihrer Politik gegenüber afghanischen Flüchtlingen zum Ausdruck bringen, statt Abschiebungen durchzuführen.

Physische Unsicherheit: Opfer politischer Gewalt und Vertreibungen

Die Sicherheitslage hat sich seit 2014 rapide verschlechtert und ist auch Anfang 2016 höchst prekär. In Großstädten wie Kabul (ca. 4 Millionen Einwohner), Dschalalabad (mehr als 350.000) und Herat (über 800.000) sind die Menschen tagtäglich in Gefahr, Selbstmordattentaten und Entführungen zum Opfer zu fallen. In Kabul allein hat es in den ersten fünf Wochen des Jahres 2016 schon vier große Bombenanschläge gegeben. In den ländlichen Gebieten hat sich die Unsicherheit nach der strategischen (Wieder-)Ausrüstung vormals entwaffneter Milizen in den letzten

Jahren enorm verschärft. Die Folge von weitreichender Kriminalität und Einschüchterung der Landbevölkerung sowie auch der irregulären Besteuerung landwirtschaftlicher Produkte durch lokale Milizen ist, dass niemand es sich leisten kann, „neutral“ zu sein. Im Süden und Osten von Afghanistan wie in den Distrikten, die die Großstädte umgeben, finden erbitterte Kämpfe zwischen bewaffneten Gruppen der Taliban und der Armee sowie internationalen Truppen statt. Der Verkehr außerhalb der Städte ist sehr riskant. Neben diversen Talibanfraktionen kämpfen zahlreiche andere bewaffnete Gruppen gegen den Staat und teilweise untereinander.¹ 2014 starben 12.500 Soldaten und Polizisten, 2015 waren es 16.000. Auch die Zahl der zivilen Konfliktopfer wächst seit Jahren stetig an: 3.700 Zivilistinnen und Zivilisten kamen 2014 zu Tode und über 6.800 wurden verletzt, im ersten Halbjahr 2015 lagen die Opferzahlen bei fast 1.600 Toten beziehungsweise 3.300 schwer Verletzten. Die zeitweise Eroberung von Kundus durch die Taliban Ende September stellt daher nicht eine einmalige Ausnahme dar, sondern spiegelt den gestiegenen Grad der Gewalt wider.

Die zunehmenden gewaltsamen Auseinandersetzungen vertrieben in der ersten Jahreshälfte 2015 erneut über 100.000 Menschen. Die offizielle Zahl der innerhalb Afghanistans Vertriebenen als direkte Folge von Gewaltkonflikten liegt damit bei über 900.000.² Die Menschen flüchteten sich meist in die Provinzhauptstädte oder verließen ihre Heimatregion ganz. Die strenger werdenden Migrationsbestimmungen und damit verbundene Diskriminierungen von Afghaninnen und Afghanen in den Nachbarländern Pakistan und Iran vermindern die regionalen Fluchtoptionen zunehmend. In Pakistan leben seit Jahren etwa 1,5 Millionen registrierte afghanische Flüchtlinge, im Iran waren es Mitte 2015 noch 950.000. Dazu kommen hohe Dunkelziffern von Afghanen und Afghaninnen, die illegal

1 \ Laut einer in den Medien zitierten UN-Einschätzung vom September 2015 gab es seit dem Sommer 2015 in 25 der 34 Provinzen Anzeichen für die Präsenz des sogenannten Islamischen Staates (<http://news.yahoo.com/islamic-state-gaining-ground-afghanistan-un-235952988.html>). Die Signifikanz von IS in Afghanistan ist umstritten, insbesondere auch die Beziehung zwischen Taliban und IS.

2 \ Als Folge von Naturkatastrophen (Erdbeben) kommen weitere 130.000 Menschen hinzu (International Organization for Migration, 2016).

in den Nachbarländern leben, in Pakistan schätzungsweise 1,5 Millionen, im Iran zwischen 1,4 und zwei Millionen. Auch sie sind Diskriminierungen und Verfolgung ausgesetzt. Viele dieser Migranten und Migrantinnen sind zirkulär Vertriebene, also Menschen, die mehrmals aus einer Region Afghanistans oder den Nachbarländern geflohen und zurückgekehrt sind.

Wirtschaftliche Unsicherheit

Internationale Geber- und Hilfsorganisationen betrieben nach dem Sturz der Talibanregierung 2001 über die massive finanzielle Unterstützung der Regierung unter Hamid Karzai (2002–2014) den Umbau Afghanistans zu einer liberalen Marktwirtschaft. Seit 2014, als sich internationale Truppen und Organisationen aus Afghanistan zurückzogen, zeigt sich immer deutlicher, dass das Wirtschaftssystem vor allem auf deren Aufträgen gegründet war und keine nachhaltige oder gar sich selbst tragende Umstrukturierung erfolgt ist. Wachstumsraten, die seit 2005 um 10 Prozent schwankten, fielen bereits 2013 – in Erwartung des Abzugs – auf nahe 2 Prozent und seit 2014 auf beinahe 0 Prozent. Bau-, Transport- und Logistikfirmen, Dienstleistungsbetriebe sowie Sicherheitsunternehmen hatten wesentlich zu dem hohen Wachstum beigetragen. Sie waren als Reaktion auf die starke Nachfrage nach modernen Gebäuden, Infrastrukturausbau, Belieferung mit Gütern für die internationalen Beschäftigten und die Bewachung durch private Sicherheitskräfte gegründet worden. Genau diese Firmen sind zunehmend Opfer von Anschlägen und Attentaten, da sie in den Augen der Taliban als Kollaborateure mit den internationalen Truppen und Organisationen gelten. 2015 standen viele von ihnen mangels anderer Auftraggeber vor dem Bankrott und hatten fast alle Angestellten entlassen.³ Die drohende Aufgabe dieser Firmen bedeutet für die afghanische Wirtschaft das Risiko, ein wichtiges Standbein im Produktions- und Dienstleistungssektor zu verlieren. Nur die Neuauflage von langfristig angelegten Investitionsprogrammen im Rahmen einer

³ \ Ergebnis von Interviews mit Firmeninhabern in Kabul, Nangarhar, Herat und Kandahar des Forschungsteams vom BICC, TLO (The Liaison Office) und International Alert 2015 im Rahmen eines von NWO-WOTRO geförderten Projekts, <https://www.bicc.de/research-themes/project/project/conflict-sensitive-employment-under-construction-peace-and-stability-strategies-for-the-private-sec/>.

kohärenten Gesamtstrategie durch internationale Geber könnte dem entgegensteuern. Sie könnte der Privatwirtschaft Erwartungssicherheit und Perspektiven bieten sowie für Beschäftigung, Ausbildungs- und Professionalisierungsmöglichkeiten sorgen.

Auch das wirtschaftspolitische Straucheln der „Einheitsregierung“ unter dem 2014 ins Amt gehobenen Führungsduo Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah erschwert die Lage. Nach mehr als einem Jahr Amtszeit des afghanischen Präsidenten Ghani ist die Umsetzung seiner Reformagenda mit dem vielversprechenden Titel „Realizing Self-Reliance“ zunehmend ungewiss. Der Staatshaushalt ist zu 71 Prozent (2015) von ausländischer Finanzierung abhängig. Import- und Export Firmen wie Transportunternehmen beklagen die offene Korruption an den Grenzübergängen, die genaue Kostenkalkulationen verhindert. Viele davon kämpfen seit 2014 um ihr Überleben und stellen nur noch teilweise Arbeitskräfte ein.⁴ Geldtransfers der Drogen- und Schmuggelökonomie, fehlende Kapazitäten der Finanzbehörden und eine intransparente Erhebung von Steuern und Zöllen erhöhen das Misstrauen gegenüber dem Staat. Die Bevölkerung ist nicht allein über den Arbeitsmarkt vom wirtschaftlichen Niedergang und fehlenden Investitionen betroffen. Steigende Brennstoff- und Benzinpreise sowie hohe Inflationsraten für Nahrungsmittel erschweren das Leben zusätzlich. Die Marktorientierung hat auch bewirkt, dass staatliches Handeln bislang kaum durch Armutsbekämpfungs-, Entwicklungs- und Reformorientierung geprägt war.

Für die Bundesregierung wie die internationale Staatengemeinschaft bedeutet dies, dass ein schrittweises Herunterfahren des finanziellen Engagements nicht die Lösung sein kann. Stattdessen ist eine langfristige Aufbaustrategie erforderlich, um die Schäden zu beheben, die eine zehn Jahre an Eigeninteressen der Intervenierenden ausgerichtete Wirtschaftsentwicklung angerichtet haben, und eine tragfähige, vom Binnenmarkt und afghanischer Kaufkraft erzeugte Entwicklung einzuleiten. Es genügt nicht, diverse vereinzelte Entwicklungsprojekte durchzuführen, sondern sie müssen

⁴ \ s. Fußnote 3.

in diese Strategie eingeordnet und komplementär zu entsprechenden öffentlichen Maßnahmen der afghanischen Regierung und des Privatsektors sein.

Angst und Perspektivlosigkeit

Der ungleich verteilte Zugang zu Land und Eigentum stellt eines der größten Probleme in Afghanistan dar. Das demographische Wachstum während der Kriegsjahrzehnte hat dazu geführt, dass Rückkehrerfamilien neue Generationen von Kindern und Kindeskindern mitbrachten, die ebenfalls Anspruch auf ehemaliges Eigentum erheben, von dem jedoch entweder nur noch kleinere Flächen oder überhaupt nichts mehr übrig ist. In den urbanen Zentren Afghanistans leben große Bevölkerungsgruppen, die aufgrund von unrechtmäßigen Besetzungen ihres Landes durch Nachbarn, Familienangehörige und Gewaltakteure (lokale Machthaber, Sicherheitsorgane) nicht an ihren Ursprungsort zurück können und kaum eine Perspektive besitzen, ihre Lebensgrundlage auf dem Land wiederzugewinnen. Dies trägt maßgeblich zur Konfliktverschärfung bei.

Allein in Kabul hausen gegenwärtig mehr als 40.000 Familien in mehr als fünfzig sogenannten Camps rechtlos auf staatlichen und privaten Flächen, weil sie nirgendwo sonst geduldet werden. Unter ihnen sind Rückkehrer verschiedener Repatriierungswellen aus Pakistan und Iran, Binnenvertriebene aus Kriegsgebieten, Wirtschaftsflüchtlinge und Landlose aus ärmeren Provinzen Afghanistans sowie städtische Arme. Ein beträchtlicher Teil dieser Familien war bereits 2002 dem Aufruf des damaligen Interimspräsidenten Karzai gefolgt, in ihr Heimatland zurückzukehren, um es wieder aufzubauen. Auf das Land, das beispielsweise auch den per se Landlosen (z. B. ehemaligen Nomaden) zu dem Zeitpunkt versprochen wurde, warten viele bis heute – vierzehn Jahre später. Für viele intern Vertriebene ist ein Stückchen Land, auf dem sie wohnen können, ohne erneute Vertreibung fürchten zu müssen, die Grundlage, auf der sie sich eine Einkommensquelle

schaffen könnten.⁵ Ihre Enttäuschung ist umso größer, da Ashraf Ghani seit seiner Wahl zum Präsidenten 2014 keine Maßnahmen ergriffen hat, sein Wahlkampfversprechen, Vertriebenen Zugang zu Land und Besitztiteln zu verschaffen, einzulösen. Gleichzeitig hat die illegale Aneignung von Land – lukrativen Flächen in urbanen Räumen oder entlang von Ausfallstraßen, aber auch Ackerland – durch einflussreiche Personen nie gekannte Ausmaße angenommen. Die Regierung erweist sich als unfähig, dem Landraub effektiv zu begegnen oder diese Praktiken einzudämmen. Die Bundesregierung sollte auf der Grundlage langjähriger Zusammenarbeit mit internationalen Wirtschaftsorganisationen und der afghanischen Regierung verstärkt darauf hinwirken, dass diese den legalen Zugang zu Land und Wohnraum für Vertriebene und Rückkehrer ermöglicht.

Aufgrund des fehlenden Gewaltmonopols des Staates regiert das Recht des Stärkeren in Afghanistan. In der Gesellschaft herrschen Patronage- und Klientelbeziehungen vor. Familien suchen bei möglichst durchsetzungsfähigen Patronen Schutz, um das eigene Risiko gering zu halten. Obgleich die Verfassung explizit die Gleichstellung der Geschlechter hervorhebt, sind massive Menschenrechtsverletzungen in Form von Ehrenmorden, Zwangs- und Kinderehen sowie Mädchen- und Frauenhandel weit verbreitet. In Fällen von Gewalt gegen Frauen gibt es kaum Möglichkeiten, Anzeige zu erstatten: in der Regel ist die rechtliche Verfolgung von Gewaltverbrechen wenig ausgeprägt. Aufgrund der politischen Instabilität und der Machtkämpfe diverser Akteure kann der Staat das Recht auf körperliche Unversehrtheit kaum garantieren. Frauen erleben Gewalt und Diskriminierung in den Familien, aber auch im politischen und ökonomischen Bereich mangelt es an Gleichberechtigung.

5 \ Ergebnis von Interviews der Autorinnen in irregulären Siedlungen in Kabul im Rahmen von BMZ- und BMBF-geförderten Forschungsprojekten, <https://www.bicc.de/research-themes/project/project/protected-rather-than-protracted-strengthening-refugees-and-peace-122/> sowie <https://www.bicc.de/research-themes/project/project/crossroads-asia-research-network-on-conflicts-migration-and-development-127/>.

Die überdurchschnittlich junge Bevölkerungsstruktur macht es besonders dringlich, Perspektiven anzubieten: 46,2 Prozent der Bewohner oder 12,3 Millionen Afghanen und Afghaninnen sind jünger als 15 Jahre. Die junge Bevölkerung braucht Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung, Bildungs- und Berufsbildungsprogramme nicht nur im Land selbst, sondern auch in Deutschland, Europa und den Nachbarländern. Ein legaler Zugang für Afghanen und Afghaninnen zu Arbeitsmärkten im Ausland kann einen starken Beitrag zum Abbau der komplexen Unsicherheit in Afghanistan leisten. Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme in Afghanistan müssen dabei langfristig, kohärent und strategisch ausgerichtet sein und laufend an die Gegebenheiten im Land angepasst werden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der lokalen Wirtschaft, internationalen Hilfs- und Wirtschaftsorganisationen sowie Investoren, den relevanten afghanischen Ministerien, Kammern und Beratungsinstitutionen ist angeraten. Finanztransfers und Investitionen von Auslandsafghanen und -afghaninnen sollten als weitere Fördermaßnahme betrachtet und erleichtert werden.

Dilemmata der externen Unterstützung

Die vorübergehende Eroberung von Kundus durch die Taliban im Herbst 2015 wurde von der deutschen Politik vor allem darauf zurückgeführt, dass man den Abzugszeitpunkt falsch eingeschätzt und verkannt habe, die afghanische Bevölkerung also noch nicht bereit gewesen sei, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. Dies ist eine zynische Schlussfolgerung, wenn man bedenkt, wie sich die widersprüchlichen Praktiken der Interventen in Afghanistan auf das Wiedererstarken der bewaffneten Regierungsgegner und die Ausbreitung lokaler Unsicherheit ausgewirkt haben. Sowohl militärische als auch zivile Akteure haben sich im Zuge des Wiederaufbaus teilweise unreflektiert und im besten Fall naiv mit Machthabern, die persönliche Interessen verfolgen (lokale Kriegsfürsten, Menschenrechtsverbrecher, Taliban, korrupte Staatsbeamte und andere lokal nicht legitimierte Repräsentanten) eingelassen und diese maßgeblich finanziert. Beispiele sind Militär- und Versorgungskonvois, die den Taliban für freies Geleit auf einem Straßenabschnitt immense Summen gaben, oder Baufirmen und ihre Auftraggeber, die für

die Möglichkeit, eine Straße oder einen Basar als Vorzeigeprojekt in einem bestimmten Gebiet zu bauen, zahlten. Hinzu kommen Projekte und Programme der Entwicklungszusammenarbeit und des Militärs, für die Immobilien von lokalen Größen, die keine Legitimation in der Bevölkerung hatten, zu exorbitanten Preisen angemietet wurden. Durch die Bewaffnung von Milizen – zur Bewachung von Infrastrukturprojekten und ab 2009 auch in zahlreichen Distrikten im Zuge der Intensivierung der „Aufstandsbekämpfung“ – haben die internationalen Akteure maßgeblich dazu beigetragen, die Zahl der Gewaltkonflikte und der daran Beteiligten zu vervielfachen.

Diese Praktiken haben den Afghanen und Afghaninnen, die anfangs große Hoffnung in Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gesetzt hatten, die falschen Signale vermittelt. Einerseits zeugten sie von einer offenkundigen Doppelmoral, die den Anspruch auf Gerechtigkeit und Teilhabe der großen Masse der Bevölkerung und ihrer Bedürfnisse nicht ernst zu nehmen schien. Investiert wurde in besonders konfliktbeladene Gebiete und hier vor allem in Infrastruktur statt Köpfe. Damit zahlte sich das Ausüben von Gewalt aus, während die friedlichen Regionen das entwicklungspolitische Nachsehen hatten. Schließlich sorgten die Kurzfristigkeit von Projekten sowie der Erfolgs- und Mittelabflussdruck auf Seiten der Projekt- und Programmverantwortlichen und Generäle dafür, dass oft ohne ausreichendes Wissen interveniert wurde und Afghanistan nicht langfristig stabilisiert werden konnte.

Spätestens seit es den Taliban in Afghanistan immer häufiger gelingt, größere Gebiete und teilweise auch ganze Städte zu erobern, ist klar, dass der Wiederaufbauprozess in dem Land gescheitert ist. Die internationale Staatengemeinschaft, Hilfsorganisationen und das Militär, die im Rahmen von ISAF⁶ 2001 bis 2014 in Afghanistan intervenierten, neigen bis heute dazu, das „Projekt Afghanistan“ als Erfolg darzustellen. Die eigene Rolle der Interventionsakteure wird erneut verschleiert, wenn es nun wieder heißt, dass ohne Sicherheit keine weitere zivile Entwicklung im Land möglich sei.⁷

6 \ NATO-geführte International Security Assistance Force.

7 \ „Minister Müller: Sicherheit in Afghanistan ist Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung“, BMZ 18.11.15, www.bmz.de

Die strukturellen Probleme des Landes – die im Augenblick unter dem Stichwort Fluchtursachen und deren Bekämpfung diskutiert werden – lassen sich weder allein militärisch noch durch Entwicklungszusammenarbeit lösen, geschweige denn durch Abschiebungen („Rückführungen“), die einen vermeintlichen Brain Drain stoppen sollen. Stattdessen könnten die Bundesregierung sowie Regierungen der EU, der OECD-, BRICS- und Nachbarländer Afghanistans über die Schaffung geregelter Einwanderungssysteme einen bedeutenden Beitrag zur Sicherheit leisten. Flüchtlinge sollten in kurzer Zeit einen Status erhalten, der ihnen Zugang zu Ausbildung und Qualifizierung sowie Berufstätigkeit als Einwanderer und damit eine Integration in die Aufnahmegesellschaften eröffnet. Die Möglichkeit temporärer (Qualifizierungs-) Migration (z.B. durch ein Einwanderungsgesetz) sollte offengehalten werden.

ZUM WEITERLESEN

- Ahmadi, Belghis. 2016. *The Forced Return of Afghan Refugees and Implications for Stability* (Peacebrief). Washington, DC: USIP – United States Institute of Peace. Retrieved from <http://www.usip.org/publications/2016/01/13/the-forced-return-of-afghan-refugees-and-implications-stability>.
- Fishstein, Paul and Murtaza Edries Amiryar. 2015. *Afghan Economic Policy, Institutions, and Society since 2001* (USIP Report). Washington, DC: USIP – United States Institute of Peace. Retrieved from <http://www.usip.org/publications/2015/10/26/afghan-economic-policy-institutions-and-society-2001>.
- International Organization for Migration. 2016. Afghanistan. IOM Humanitarian Compendium, 15 January, Retrieved from <http://humanitarian-compendium.iom.int/afghanistan/2016>.
- Mashal, Mujib. 2014. *Small and Medium Enterprises Development and Regional Trade in Afghanistan*. Kabul: Afghanistan Research and Evaluation Unit. Retrieved from <http://www.areu.org.af/EditionDetails.aspx?EditionId=724&ContentId=7&ParentId=7&Lang=en-US>.
- UNAMA - United Nations Assistance Mission in Afghanistan. Homepage. <https://unama.unmissions.org/>.
- UN HABITAT. 2015. State of Afghan Cities Project. Retrieved from <http://unhabitat.org/books/soac2015/>

bicc \
Internationales Konversionszentrum Bonn
Bonn International Center for Conversion GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany
+49 (0)228 911 96-0, Fax -22, bicc@bicc.de

www.bicc.de
www.facebook.com/bicc.de

bicc Bonn
International Center
for Conversion \

Wissenschaftlicher Direktor
Prof. Dr. Conrad Schetter

Kaufmännischer Geschäftsführer
Michael Dedek

AUTOREN

Dr. Katja Mielke
Senior Researcher/ BICC

Dr. Elke Grawert
Senior Researcher / BICC

REDAKTION
Susanne Heinke

UNTERSTÜTZUNG
Heike Webb

ERSCHEINUNGSDATUM
16. Februar 2016

EDITORIAL DESIGN
Diesseits - Kommunikationsdesign, Düsseldorf

Mitglied der



Except where otherwise noted, this work is licensed under:
[cf. creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/)